

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger.

Titel: in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Strumpfwirler Friedr. Hermann Richter; in Langenschursdorf bei Frau Emma verw. Stiegler; in Penig bei Herrn Wilhelm Dahler; in Wollenburg bei Herrn Vinus Friedemann und in Ziegelheim bei Herrn Eduard Richter.

fernsprecher Nr. 9. — Postfachfach Nr. 8.

Postfachkonto beim Postamt Leipzig Nr. 4436

erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Annahme von Inseraten bis Vormittag 10 Uhr des Ausgabestages. Bezugspreis vierteljährlich 2,85 Mk., monatlich 95 Pfg. Einzelne Nummer 10 Pfg. Inseratenpreis 1 Zeile 20 Pfg., von auswärts 25 Pfg., Retrazionspreis 40 Pfg., die dreigepaltene Zeile im amtlichen Teile 40 Pfg. Nachlaß nach festem Tarif.

Gemeindeverbands-Giro-Konto Waldenburg Nr. 10.

Amtsblatt für das königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Waldenburg.

Ingleich weit verbreitet in den Ortspfaffen der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohndorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenschursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wollenburg und Ziegelheim.

Nr. 226.

Freitag, den 27. September

1918.

Witterungsbericht, aufgenommen am 26. September, Mittag 1 Uhr.

Thermometerstand + 17° C (Morgens 8 Uhr + 13° C. Tiefste Nachttemperatur + 9,0° C.) Feuchtigkeitsgehalt der Luft nach Lamprechts Polymeter 35%. Taupunkt + 2°. Niederschlagsmenge in den letzten 24 Stunden bis früh 7 Uhr: 0,0 mm. Daher Witterungsaussichten für den 27. September: Halbheiteres Wetter.

Amtlicher Teil.

Kaffee-Ersatzmittel.

Gelegentlich der dieswöchigen Brotmarkenausgabe werden die Kaffee-Ersatz-Karten Reihe F an die Versorgungsberechtigten und Großverbraucher mitverteilt. Die Karten sind

bis spätestens 8. Oktober bei den Kleinhändlern zur Abtrennung der Bestellabschnitte vorzulegen. Die Kleinhändler haben die Abschnitte zu Paketen zu 100 Stück zu verpacken, die Pakete mit Firmenaufdruck oder Aufschrift zu versehen und sodann an die Kassenkasse bis spätestens 10. Oktober einzureichen.

Waldenburg, den 26. September 1918. Der Stadtrat.

Von heute Donnerstag bis morgen Freitag Mittag auf grüne Lebensmittelbezugskarte B zunächst Nr. 1-600 — Marke Z —

einen halben Hering für 20 Pfg. bei Ehrhardt. Einschlagpapier mitbringen.

Waldenburg, den 26. Sept. 1918. Der Stadtrat.

Fortdauer der Aussprache im Hauptauschuß.

Bei Epehy wurde die vor dem 22. d. gehaltene Linie wiedergewonnen.

Englisch-französische Angriffe zwischen Omignonbach und der Somme sind gescheitert.

Zu Luftkämpfe wurden erneut 28 feindliche Flugzeuge und 6 Fesselballone abgeschossen.

In Hauptauschuß wurde die allgemeine Aussprache über die politische Lage vom Abg. Gröber eröffnet.

Das Kriegsernährungsamt sieht für den Winter eine verstärkte Herstellung von Safernärmitteln vor.

Eine neue Kriegsanleihe wird angekündigt.

Aus der Ukraine sollen demnächst Gänse eingeführt werden.

Der Kriegsgefangenen-austausch mit Frankreich ist wieder aufgenommen.

In Rußland breitet sich die Grippe aus.

In der englischen Arbeiterschaft nehmen die Unruhen zu.

Die Engländer haben über Archangelst den Kriegszustand verhängt.

Feindliche Flieger griffen am Sonntag Konstantinopel an.

Zwischen Nord- und Süd-China droht ein Krieg auszubrechen.

Die Beschlagnahme deutschen Eigentums in Amerika wird fortgesetzt.

Amerika hat die Veröffentlichung der versenkten Tonangehörigen verboten. Bis jetzt wurden 61 Schiffe versenkt.

Waldenburg, 26. September 1918.

Die Reichstagsmehrheit sucht mit allen Mitteln die Parlamentsherrlichkeit im Deutschen Reich einzuführen; sie gibt vor, daß dann der Frieden mit unseren Feinden auf der Grundlage der Friedensentschließung des Reichstags vom 19. Juli vorigen Jahres sehr bald erreicht werden würde.

Wenn die Reichsregierung parlamentarisiert ist, würden sich sofort glatte Beziehungen zu unseren bisherigen Feinden ermöglichen lassen. Das sind die Hauptansprüche des Reichstages sich offenbaren, aber die schwerlich alle Erwartungen erfüllen werden, die die Vertreter dieser Idee darauf setzen. Darüber ist auch von Seiten der heutigen Regierung kein Zweifel befestigt, für solche Pläne ist Graf Hertling nicht zu haben.

Der Parlamentarismus in Feindesland hat kein Wort in den Knochen, dann hätten wir längst den Frieden, und es ist verfehlt, etwas nachzuahmen, was sich gerade in einer ersten Lage nicht erwachsen zeigte. Der Reichstagsmeltpog von nervösen Belenkungen werden, die in der Gegenwart und auch nach dem Kriege nichts Gutes stiften können. Wenn aus dem Reichstag der Ruf erklingt, daß es anders werden muß, nun, so hat der Feind mehr Anlaß, sich zu ändern, als wir.

Im Kriege lassen sich Politik und militärische Maßnahmen nicht trennen, und in diesem Kriege erst recht nicht, das zeigt der Gegner. Auf diesen Krieg der Gewalt-Politik, der schon seit Jahren vor seinem Ausbruch angekündigt worden war, hätte ein aufrichtiges Volksparlament nicht eingehen können, und die englische Regierung hat das auch befürchtet. Darum ist dem Parlament in London von der englisch-französisch-belgischen Militärkonvention, deren Akten im Brüsseler Ministerium 1915 gefunden wurden, auch nicht die geringste Mitteilung gemacht, sondern der Krieg ist ihm im August

1914 wie eine Schlinge über den Kopf geworfen worden. Er wurde ihm schmachhaft mit dem Hinweise gemacht, der Feldzug werde Ende 1914 vorbei sein. Als es ganz anders kam, hat sich die britische Volksvertretung mit Haut und Haar dem Diktator Lloyd George verschrieben, gerade so, wie es die Kammer in Paris gegenüber Clemenceau getan hat. Das war eine Unterwerfung des Parlamentarismus unter die schrankenlosen Ziele des britischen Profitwuchers und des französischen Chauvinismus, die ihm wahrlich keine Ehre macht. Und dieses Regierungsprinzip sollten wir zum Vorbilde nehmen, nur weil sich seine Vertreter in Paris und in London in eine Sackgasse verrannt haben, aus der sie keinen Ausweg zu finden wissen?

Daß das freie Amerika unter dem Präsidenten-Hochmut Wilsons alles andere eher ist, als frei, ist so klar und auch von den selbständigen Dankes und allen Neutralen offen eingestanden, daß nichts weiter darüber gesagt zu werden braucht. Niemals kann ein deutscher Kaiser, auch wenn er es wollte, so eigenmächtig handeln, wie Wilson es getan hat. Unsere Reichstagsabgeordneten müssen den Kopf schütteln, wenn sie sich vergegenwärtigen, was ihre amerikanischen Kollegen in Washington sich haben gefallen lassen. Und das deutsche Volk wird erst recht sagen, wenn man ihm solche amerikanische Mode bei uns vorlegen wollte, das machen wir nicht mit, dafür haben wir uns nicht mit dem Gegner geschlagen.

Die Leistungen des feindlichen Parlamentarismus beweisen, daß er kein Wort in den Knochen hat, daß ihm das selbständige Rückgrat gegenüber der brutalen Politik der Kriegshezer fehlt. Und die inneren Verhältnisse in den Ententeländern zeigen noch weniger, daß die bürgerliche Bevölkerung mit dem zufrieden ist, was die regierenden Herren tun. Die Friedenssehnsucht ist groß, sie kann sich nur gegenüber dem Willen des Einzelnen nicht geltend machen. Das sind die Tatsachen, denen gegenüber der Reichstag viel mehr freies Betätigungsrecht hat. Die Sozialdemokraten streben die Aufhebung des § 9 der Reichsverfassung an. Damit wird das feste Gefüge unserer Reichsverfassung gelockert. Die Reichsverfassung hat sich nahezu fünfzig Jahre lang bewährt; unter ihr ist das Deutsche Reich zu hoher Blüte gelangt. Deutschland ist dabei so stark und mächtig geworden, daß wir einer ganzen Welt von Feinden Trost bieten können. Man sollte deshalb nicht leichtfertig an diesem Bau rütteln. Ob sich der Ersatz bewahren wird, wissen wir nicht.

Politische Mundschau.

Deutsches Reich.

Zwischen dem Kaiser und dem Könige von Bayern fand über die ausgezeichnete Verfassung der bayerischen Truppen an der Westfront ein Telegrammaustausch statt.

Der Kaiser hat den sächsischen Major Frhrn. v. d. Busche-Haddenhausen, Kommandeur eines sächsischen Infanterie-Regiments im Felde, mit dem Orden Pour le merite ausgezeichnet.

Der Reichskanzler hat die Fraktionsführer für Freitag und Sonnabend abermals ins Kanzlerpalais geladen. Die Besprechung bei dem Staatssekretär v. Hinzte galt in der Hauptsache der Erörterung des Bundesverhältnisses zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn.

Am 4. Oktober wird der Staatssekretär Dr. Solf im

Zentralverbande des deutschen Großhandels im Sitzungs-saale des Herrenhauses in Berlin einen Vortrag über „Kolonien und Weltwirtschaft“ halten.

Im Hauptauschuß wurde am Mittwoch die Aussprache über die politische Lage vom Abg. Gröber begonnen. Die Lage nach den Mißerfolgen im Westen sei nicht so, daß man den Kopf hängen lassen müsse. Notwendig sei völlige Offenheit unserer Politik zur Gewinnung des Vertrauens im Volke. An der Ehrlichkeit der Gesinnung des Reichskanzlers dürfe nicht gezweifelt werden. Die Handhabung des Belagerungszustandes gebe Anlaß zu Beschwerden. Mit eisernem Besen müsse kehraus gehalten werden. Der Geheimerrat des preussischen Ministers v. Stein, der die Tätigkeit der Zentralstelle für Völkerrechte einschränkt, müsse zurückgezogen werden. Abg. Scheidemann: Wir leiden an der Unterschätzung der Gegner, die uns militärischerseits beigebracht worden ist. Andererseits ist der Glaube der Gegner, Deutschland niederschmettern zu können, eine Illusion. Die Politik in Finnland sei fehlerhaft. Aus der Regelung der Verhältnisse in den Randstaaten müßten wir die Finger herauslassen. Der Geheimerrat des Kriegsministers v. Stein sei unerhört. Ludendorff regiere, nicht Hertling. Alle Nebenregierungen müssen fort. General v. Briesberg erklärte, daß der Erlass des Kriegsministers sich nicht gegen die Reichstagsentschließung vom 19. Juli richte. Hier lägen Mißverständnisse vor. Abg. Fischbeck stellte sich auf den Boden des Völkereubgedankens. Manche Bestrebungen an unseren Höfen erregten Mißstimmung, so hinsichtlich der finnischen Königswahl, Elsaß-Bohringens und der Personalunion mit den Randstaaten. Abg. Dr. Stresemann betonte, daß Belgien nicht schuldlos war. Frankreich habe zum Einmarsch in Belgien bereit gestanden. Im Osten sei es unsere Pflicht, uns aus den inneren Verhältnissen Rußlands herauszuhalten. Rußland sei mit den Zusatzverträgen zufrieden. In der finnischen Thronfrage dürften wir keine Schwierigkeiten machen. Das gleiche Wahlrecht werde kommen. Die Sozialdemokraten sollten sich zu einer Verständigung bereit finden, damit ein Wahlkampf vermieden werde. Am Nachmittag fand eine vertrauliche Besprechung über die militärische Lage statt. Donnerstag 10 Uhr Fortsetzung.

Die Hindenburglinie, wie die Feinde unsere Siegfriedstellung nennen, in deren Vorgelände die Engländer sich eine so schwere blutige Niederlage geholt haben, ist durchaus keine Linie, sondern ein starkes Bollwerk, das jedem Angriff Trotz zu bieten geeignet ist. Es ist angelegt vor

Gefährliches Blendwerk

Ist die Wählbarkeit der Feinde, unser Vertrauen in Deutschlands gerechte Sache zu untergraben. Solche Saat darf im deutschen Volke keinen Nährboden finden. Selbst unvermeidliche Fehler der Politik, dauerliche Gegensätze im Innern dürfen uns nicht irre machen an der wahren Erkenntnis, sonst befragen wir die Geschäfte der Entente.

